

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Anzeigungsverrechnung: 1,20 Mk. (Post- und Transportkosten extra).
Einzelpreis: 10 Pf. (Post- und Transportkosten extra).

Redaktion: Gr. Poststraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde: nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Correspondenz: Gr. Poststraße 14, Tel. 1763.
Schließzeit: von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Interests werden die gespaltene Zeitungs mit 10 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinstaxen 25 Pf. Interests müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 46.

Dresden, Mittwoch den 26. Februar 1913.

24. Jahrg.

Der Schiedspruch im Schneidergewerbe wurde von Arbeitern und Unternehmern mit großer Mehrheit angenommen. Genosse Dennis Schmidt wurde in Frankfurt a. M. zum Stadtrat gewählt.

In der Wahlkommission der französischen Deputiertenkammer wurde für Montag die Einbringung einer Gesetzesvorlage über 500 Millionen Franz angefordert.

Die französische Sozialdemokratie bereitet eine Protestaktion gegen den Rüstungswahnsinn vor.

In Sijon sind bei einer Minneopinion viele Personen getötet worden.

Vor dem ungarischen Generallstreik.

Von unserem Korrespondenten.

th. Wien, 25. Februar.

Für Ungarn nahen die Tage der schwersten Kämpfe. Am 3. März wird der Luga-Lufacsche Wahlreformentwurf vor dem vollen Hause beraten werden. Am 4. März beginnen die Arbeiter den Generallstreik. Die Regierung rüstet sich, ihn mit Gewalt niederzuschlagen. Anders ist es von Seiten nicht zu erwarten, die das Parlament unter Polizeimacht halten und mit blauen Bajonetten „ausgeschliffenen“ Abgeordneten den Weg zum Stimmensaal verstopfen. Die Radikale wird zusammengezogen, die Regimenter sind bestimmt und ausgewählt, die Budapest und die Industriestädte in Ruhe und Ordnung erhalten sollen. Man will dem Volke sein neues Wahlrecht aus den Klüften der Wahlmaschinen zuspülen. Allein auch das Proletariat steht zum Kampf bereit. So schreibt ein bürgerlicher Vertriebsblätter aus Budapest:

Nach den umfangreichen Vorbereitungen, die zum Waffentest gemacht werden, kann man den Ernst des Entscheidungskampfes gegen Lufacs genau ermessen. Der Waffentest wird von langer Dauer sein und zumindest so lange andauern, als das Abgeordnetenhaus mit der Wahlreformbeobachtung beschäftigt sein wird. Man muß sich daher auf einen Generallstreik von der Dauer von 8 bis 10 Tagen gefaßt machen. Wenn kleinere politische Streiks in Ungarn miflungen sind, so ist fraglich, ob es diesmal der Fall sein wird, denn es sei der Wahrheit entsprechend festgesetzt, daß der Generallstreik im Interesse des allgemeinen Wohls der Nation selbst ein Teil der bürgerlichen Klassen Sympathie ist und die Sozialdemokraten von manchen Seiten angezogen und unterstützt werden, die bisher ihre reichlichen Gegner gewesen sind. Freilich verurteilte diesen Streik in den Stimmungen nicht die Liebe zur roten Internationalen, sondern der Haß gegen Lufacs. Doch einerlei: Der Waffentest wird in 8 Tagen anbrechen und damit wird das Kabinett Lufacs und die Regierungspartei vor die größte Bewährungsprobe gestellt werden!

Indes halten die bürgerlichen Oppositionellen an der Hoffnung fest, Lufacs stützen zu können, bevor es zur furchtbaren blutigen Probe des Generallstreiks kommt. Western ist der Unterrichtsminister Jichy in Wien vor dem Kaiser erschienen, seine Entlassung zu nehmen. Wie vor ihm der Justizminister Szekely, bricht er die Gemeinschaft mit dem Regime der Gewalt und Bestechung. Er folgt dem Einfluß seines Verwandten Grafen Aladar Jichy, eines der Führer der Opposition. Deren gräfliche Häupter wollen dem Herrscher, den die Einseitigkeit des Waffentests umgibt, der nur erklärt, was ihm die Dreifachheit Lufacs vorlägt, an anschaulichen Beispielen klar machen, wohin das Regime Lufacs-Luga führt und daß alle persönlich Anständigen sich von ihm wenden. Die parlamentarische Opposition sucht zugleich eine regierungsfähige Gruppe zu bilden, um den Wechsel des Kabinetts zu erleichtern. Graf Andrassy ist daran, eine „nationale Verfassungskommission“ aufzubauen, die ein dauerndes Verhältnis mit Österreich anerkennt, und von den Konstitutionen Träumen der völligen Trennung und der Personalunion Abschied nimmt. Ein großer Teil der Justizianer wird ihr beitreten, nur Jichy selbst bleibt mit einem Teile seiner Anhänger als selbständige Gruppe draußen. Alle Konstitutionen sind gewollt, das Programm des Dualismus anzuerkennen. Der Führer Szekely trägt sich mit dem Gedanken, dem öffentlichen Wirten Abschied zu sagen, weil er von den Grundrissen des Kaisers sich nicht offen abwenden darf. Und Western, aussersehen zum künftigen Ministerpräsidenten, hat in Wien einen Vortrag gehalten, der der Befestigung der wirtschaftlichen Gemeinschaft beider Reichshälften galt. Der König braucht nur „Ja“ zu sagen: Lufacs und Luga werden im Abgrund, der größte Teil des von ihnen mit Waffengewalt zusammengekauften parlamentarischen Abgeordneten geht in die Gefolgschaft jedes beliebigen Erben der Macht. So bequemt hat es die Krone, ihr 1905 förmlich ausgeprochenes Versprechen wahr zu machen. Denn die gräfliche Opposition will mit der Sozialdemokratie ein politisch-militäres Bündnis vereinbaren — nicht aus innerem Ehrgeiz, sondern aus Friedenssehnsucht: sie werden die — Abgründe nicht entzweien — Konstitutionen wie umgekehrt ein Teil der feudalen Interessen geopfert.

Doch noch hat die Krone die Wahrheit nicht vernommen. Doch verstanden und Herr Lufacs erzählt jedem, den es zu hören beliebt, daß er sich am Dofe des vollen Vertrauens

erfreue. Als der Mann des Vertrauens hat er gestern im Abgeordnetenhaus die Resolutionsentwürfe, die aus dem Delph-Projekt in der Öffentlichkeit zurückgeblieben sind, „überlegt“ — natürlich mit dem schönsten Erfolg bei den Herren, die ihre Mandate dem erwähltesten Wahlfonds verdanken. Als Gemahle seiner Unschuld führte z. B. Lufacs an, es sehe in den Verträgen nichts von dem ungefähren 5 Millionen Provisionen, und die Beamten im Ministerium würden bezogen, daß keine Provisionen für den Wahlfonds übernommen würden. Jedenfalls wohlfeile Weisheit — denn in den Vertragstext hat noch niemand Bestätigungsummen aufgenommen und die als Zeugen angerufenen Beamten sind Wirtschaftliche. Warum hat Lufacs nicht erzählt, aus welchem Grunde er den Wahrheitsbeweis im Delph-Projekt absteigen ließ? Was hätte ihn besser reinmachen können als die eidlisch abgelegten Aussagen der Beteiligten. Und gern hätte er auch dem Verweidverfahren seinen Kauf gelassen, nur daß die beteiligten Direktoren erklärt hätten, sie würden niemand zuliebe lügen. Da ging es denn freilich nicht.

Weshalb hat Lufacs den Fall Gampel nicht aufgeführt. Er behauptet, es seien niemals Gelder aus dem Wahlfonds an die Verwaltungsdirektoren der Komitee abgegeben worden, um von diesen verteilt zu werden. Doch Gampel war Kandidat der Regierungspartei, erhielt als solcher von dem Obergespan Pochy Geld und erheutete es zurück, als er die Kandidatur niederlegte. Darüber besitzt er Dokumentationen und veröffentlicht sie jetzt als Kassimile im Bester Kaplo. Er sagt seiner Veröffentlichung die uneheliche Dinge verhielt, habe das Staatskredit befestigt und sonst manderlich angestellt, was selbst bei uns nicht ganz gebräuchlich ist. Ruhig nimmt Lufacs diese Ohrfeige hin, ruhig läßt er es geschehen, daß die Grafen Andrassy, Szekely, Jichy und Karolyi in der Presse erklären, sie schloßen sich den Anschuldigungen Lufacs an, daß Graf Pallavicini ihn auf dem Bankett zu Ehren Lufacs der Unterbringung und des Diebstahls bestraft.

Er verlagert nicht mehr — er kann nicht mehr verlagern. Budapest, 25. Februar. In der heutigen Sitzung des Ministerrates, der Ministerpräsidenten Lufacs nicht beizugibt, da er zur Ausübung nach Wien gefahren war, interpellierte der Führer der Opposition Graf Antal Trefler wegen der von dem Abgeordneten Delph gegen den Ministerpräsidenten erhobenen Anschuldigungen. Hierbei erklärte er die Mitglieder des Ministerrates Graf Emerich Karolyi und Graf Illonay, die in die Angelegenheit eingeweiht seien, die Wahrheit mitzuteilen. Karolyi erklärte sich bereit, sich vor Gericht oder vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu äußern; Illonay schloß sich diesen Behauptungen an.

Die sozialdemokratische Parteileitung hat bei der hauptstädtischen Wahlreformkommission für den 10. März besonderen Raum an den Platzmärkten bestellt. Die hiesige Abteilung für die Verprobierung der Hauptstadt hat sofort Maßnahmen getroffen, um die Hauptstadt im Falle des Generallstreiks mit Lebensmitteln versorgen zu können.

Die Hyänen des Balkankrieges.

In der russischen bürgerlichen Presse, die mit einem Feuerschiff für die „Slawischen Brüder“ am Balkan eintritt, beginnt es nun doch durchzukommen, mit welchen Mitteln die Angehörigen und Vertrauten der Balkanbrigaden arbeiten, und wer bereits jetzt die künftigen Vorteile aus dem blutigen Ringen am Balkan in die Tasche steckt. Die gemäßigtere „Ruskaja Wolna“ in Petersburg bringt darüber folgende aufsehenerregende Mitteilung, deren Authentizität schon durch die politische Stellung dieses Wortes gegeben ist. Nach diesen Angaben hat der Pariser Börsenagent D. Rosenbergs schon einige Zeit vor dem Balkankrieg sich mit einer hochgestellten Persönlichkeit in Montenegro in Verbindung gesetzt, um gefälschte Informationen, umfangreiche Kauff-Spekulationen einzuleiten. „Dieser Vorschlag — schreibt das Blatt — wurde angenommen, und alle Bedingungen dieses Börsenbündnisses wurden eingehend und vorsichtig ausgearbeitet. Der montenegrinische Kontroleant erhielt 40 Proz. und Rosenbergs 60 Proz. des Gewinnes, wobei der Kontroleant die Verrechnung erhielt, durch seinen Vertreter die Börsenoperationen Rosenbergs zu kontrollieren. Im Besitze der genauesten Angaben über die Möglichkeit und die bevorstehende Eröffnung der Feindseligkeiten begann diese eigenartige „Gesellschaft“ ohne jedes Risiko kolossale Waffenspekulationen an der Börse. Die darauf an allen Börsen stützende Septemberpanik, die durch die Operationen der genannten Börsenspekulanten nicht wenig gefördert wurde, gab ihnen einen gewaltigen Gewinn, der, wie man sagt, sich auf 50 Millionen Franz beläuft.“ Die größten Geschäfte machten die genannten Spekulant mit russischen Industriepapieren, namentlich mit Kalksteinen, und hier trafen sie in recht intime Geschäftsverbindungen mit der Petersburger Internationalen Bank und danach mit dem ehemaligen französischen Minister Dublet. „Dieser — schreibt das Blatt — mußte seine Stellung aus und verstand es, einen eigenartigen Börsenpartizipationsvertrag zu schließen, ein Verbot des Terminhandels mit Kalksteinen an der Pariser Börse durchzuführen. Man kann, die es nicht wagt, daß die Pariser Börse

von der Beneigntheit irgend einer Petersburger Bank abhängt! Aber gerade durch dieses Verbot des Terminhandels mit Kalksteinen, das seinerzeit in den Petersburger Börsenplätzen sein geringes Aufsehen erregte, gelang es Rosenbergs und Kontoriten, diese Aktien mit gewaltigen Profits zu erwerben.“ Soweit die Mitteilung des gut informierten Blattes über die laubere Zusammenarbeit der französischen und russischen Börsenbünde mit der „hochgestellten“ Persönlichkeit in Montenegro, die das am Balkan verengene Blut und die über Europa hängende Kriegsgefahr in künftigen Profits für sich ummüngten. Ob eine solche Zusammenarbeit nur zwischen den genannten Personen statthat, und ob die Kriegsergebnisse nur von ihnen für Börsengeschäfte ausgenutzt und beeinflusst wurden, steht vorläufig dahin.

Vom Kriegsschauplatz

werden infolge des kalten und rauhen Wetters keine Neuigkeiten gemeldet. Sowohl vor Adrianopol als auch bei Tschataldika und Bulair hat sich nichts ereignet. Alle Berichte von einer Verstärkung in der osmanischen Armee und einer scheinbaren Niederlage bei Bulair werden von türkisch-amerikanischer Seite dementiert. Ebenso werden die Nachrichten, daß Kamel Pascha in Kairo einem Schlaganfall erlegen oder ermordet worden sei, amtlich als falsch erklärt.

Finanznot und oppositionelle Aufrufe.

Konstantinopel, 25. Februar. Der türkische Finanzminister wird sich in einer besonderen finanztechnisch wichtigen Mission nach London begeben. Vorgesehen macht wurden Aufrufe gefunden, worin das jetzige Kabinett sowie die Fortsetzung des Krieges getadelt und die Politik des früheren Kabinetts als richtig bezeichnet wird. Der Aufruf betont, daß die europäischen Mächte nicht mehr zu halten sei, so sei es unangenehm, ohne Anstößens dafür zu opfern. Die Aufrufe sollen auch unter der Armee verteilt worden sein.

Die griechisch-bulgarischen Handelsbrüder.

Konstantinopel, 25. Februar. Das griechische Blatt Neologos veröffentlicht auf Grund von Berichten an das österrische Patriarchat einen langen aufsehenerregenden Bericht über die Ausschreitungen der Bulgaren gegen die griechische Bevölkerung Thrakiens. Nach diesem Bericht sei der größte Teil der etwa 200 000 Seelen zählenden griechischen Bevölkerung in Bulgarien niedergemetzelt worden. Besonders hätten die 70 000 Griechen des Sandjakts Tschataldika gelitten: nur wenige von ihnen seien dem Verhängnis entkommen. Was von den Bulgaren nicht sofort getötet wurde, sei abgeduldet und erlöste der Kälte und dem Hunger. Das Blatt schreibt weiterhin: „So die Bulgaren den Fuß auflegten, ließ keine Spur menschlichen Lebens und menschlicher Wohnung. Alles wurde in Ruinen verwandelt. Der Schaden ist nie wieder gut zu machen.“ Der Neologos gibt eine lange Liste von Dörfern, die von den Bulgaren ganz oder teilweise niedergebrannt wurden, nachdem sie die griechischen Einwohner teils niedergemetzelt oder niedergeprügelt, teils unter Bedrohung mit Handbänden vertrieben hätten.

Hoffnung auf baldige Entspannung.

Der österreichische Ministerpräsident Graf Stürgkh empfing gestern eine Abordnung der deutschböhmischen Parlamentsdeputierten, die auf die widersprechenden Berichte der gegenwärtigen politischen Krise hinwiesen und den Ministerpräsidenten ersuchten, die Regierung möge durch eine amtliche Erklärung über den Gang der Verhandlungen die gegenwärtig bestehende Verwirrung in Böhmen beenden. Der Ministerpräsident erklärte dabei:

Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß in nicht allzu ferner Zeit eine allgemeine Entspannung eintreten wird; ich hoffe, daß sich diese Besserung der Lage auch in wirtschaftlicher Beziehung geltend machen und durch alle Konflikte des Wirtschaftslbens verbreiten wird.

Auch in Serbien wird nach Belgradern Meldungen die allgemeine politische Lage mit Rücksicht auf das überall zum Ausbruch gelangende Friedensbedürfnis optimistisch beurteilt. Gleichwohl wird dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß Österreich-Ungarn die Befriedigung der krieglichen Beziehungen zu Serbien wieder aufnimmt und von seiner bisherigen Forderung der Ingebrigkeit von Djafona, Titra und Stuzari zu Albanien Abstand nimmt.

Deutsches Reich.

Wahlprüfungen.

Die ganze Sitzung wurde heute mit Wahlprüfungen ausgefüllt. Es handelte sich allerdings um ganz besonders interessante Fälle, da die Kommission bei allen drei Wahlen, die zur Verhandlung standen, Ungültigkeit beantragt hatte. Das Haus war dementsprechend auch außergewöhnlich gut besetzt und eine viel größere Zahl von Büren als man sonst im Reichstag zu sehen gewohnt ist, folgte den komplizierten Rechtsausführungen der Redner, die für und gegen die Beschlüsse der Kommission sprachen.

Bei den Wahlen des Nationalliberalen Adlisch und unseres Genossen Haupt lagen Kräfte vor, sie an die Kommission zurücküberstellen. Im anderen Falle, bei der Wahl des ehemals nationalliberalen Dr. Wedew, der über den Reichstagsrat mit 2 Stimmen Mehrheit gestiftet haben wollte, lag nur ein Antrag desentrums auf Gültigkeitserklärung vor. Die Wahl des Abg. Adlisch wurde nach